

**Geschäftsverteilungsplan
des Bundesverwaltungsgerichts für das Geschäftsjahr 2013**

**Beschluss des Präsidiums
vom 12. Dezember 2012**

Inhaltsübersicht

A. Geschäftsverteilung

- I. Revisionssenate
 - a) Geschäftsverteilung
 - b) Schlussbestimmungen
- II. Fachsenat nach § 189 VwGO
- III. Disziplinarsenat
- IV. Wehrdienstsenate
- V. Großer Senat

B. Besetzung

- I. Revisionssenate
- II. Fachsenat nach § 189 VwGO
- III. Disziplinarsenat
- IV. Wehrdienstsenate
- V. Großer Senat
- VI. Gemeinsamer Senat

C. Zugehörigkeit zu mehreren Senaten und Vertretung

- I. Zugehörigkeit zu mehreren Senaten
- II. Vertretung der Vorsitzenden
- III. Vertretung der Beisitzer
- IV. Vertretung im Großen Senat

Anhang

Sitzungstage und Sitzungssäle

A. Geschäftsverteilung

I. Revisionssenate

a) Geschäftsverteilung

Es sind zugewiesen

dem 1. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Ausländerrechts, soweit nicht dem 10. R-Senat zugewiesen (vgl. dort Nummer 2),
2. des Entschädigungsrechts nach Artikel 8 des Gesetzes über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren, soweit sich die Klage gegen den Bund richtet;

dem 2. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

des Rechts des öffentlichen Dienstes einschließlich des Beamtendisziplinarrechts und des Dienstrechts der Soldaten sowie des Rechts der Wehrpflichtigen und der Zivildienstpflichtigen, soweit nicht dem 5. R-Senat, dem 6. R-Senat oder dem D-Senat zugewiesen;

dem 3. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Lastenausgleichsrechts einschließlich der Schadenfeststellungen,
2. des Besatzungsschadenrechts,
3. des Währungsausgleichs- und Altsparerrechts,
4. des Flüchtlingshilfegesetzes,
5. des Reparationsschädengesetzes,
6. des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes,
7. des Sachleistungsrechts,
8. des Gesundheitsverwaltungsrechts einschließlich des Rechts der Heil- und Heilhilfsberufe und des Krankenhausfinanzierungsrechts (einschließlich Festsetzung von Pflegesätzen und der Aufbringung von Finanzierungsmitteln) sowie des Seuchenrechts,

9. des Rechts der Land- und Forstwirtschaft einschließlich Förderungsmaßnahmen sowie des Tierzucht- und Tierseuchenrechts,
10. des Lebensmittelrechts und des Rechts der Ernährungswirtschaft,
11. des Jagd- und Fischereirechts,
12. des Rechts des Außenhandels,
13. des Rechts der Förderungsmaßnahmen zugunsten der gewerblichen Wirtschaft sowie der Gasölbetriebsbeihilfe,
14. des Rechts zur Bereinigung von SED-Unrecht,
15. des Treuhandgesetzes, des Kommunalvermögensgesetzes und des Vermögenszuordnungsgesetzes,
16. des Rechts der Verkehrswirtschaft und des Verkehrsrechts, ferner des Betriebs von Wasserstraßen sowie der Streitigkeiten über Straßen-Sondernutzungen aus dem Bereich des Straßen- und Wegerechts,
17. der Verwaltungshaftung zwischen Bund und Ländern nach Artikel 104a Absatz 5 GG und der Lastentragung nach Artikel 104a Absatz 6 GG einschließlich der hierzu ergangenen Ausführungsgesetze,
18. des Tierschutz- und Pflanzenschutzrechts, soweit nicht das Schwergewicht bei Materien liegt, die einem anderen Senat zugewiesen sind;

dem 4. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Bau- und Bodenrechts, einschließlich der immissionsschutzrechtlichen Genehmigungen für Windkraftanlagen, sofern der Schwerpunkt der Sache im Bau- und Bodenrecht liegt,
2. des Rechts der Raumordnung,
3. des Rechts der Landbeschaffung für Aufgaben der Verteidigung,
4. des Kleingartenrechts,
5. des sonstigen Rechts der Fachplanung, soweit es nicht dem 7. oder 9. R-Senat zugewiesen ist,
6. des Ordnungsrechts, soweit es mit den vorstehenden Rechtsgebieten zusammenhängt,
7. des Rechts der Anlegung und des Betriebes von Flugplätzen (§§ 6 ff. des Luftverkehrsgesetzes),
8. des Naturschutzrechts und des Landschaftsschutzrechts,
9. des Denkmalschutzrechts;

dem 5. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Fürsorgerechts einschließlich des Asylbewerberleistungsrechts und der Tbc-Hilfe für den öffentlichen Dienst,
2. der Kriegsofferfürsorge,
3. des Schwerbehindertenrechts einschließlich der Ersatzansprüche nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz und dem Soldaten-Gleichbehandlungsgesetz bei Diskriminierung wegen einer Behinderung,
4. des Mutterschutzrechts,
5. des Jugendhilfe- und Jugendschutzrechts, ausgenommen das Jugendmedienschutzrecht (6. R-Senat Nummer 7),
6. der Ausbildungs-, Graduierten- und Berufsbildungsförderung,
7. des Rechts der Förderung des Wohnungsbaues, des sonstigen Wohnungsrechts einschließlich des Wohngeldrechts sowie des Mietpreisrechts,
8. des Heimkehrer- und Kriegsgefangenenentschädigungsrechts,
9. des Rechts der Vertriebenen einschließlich des Rechts der Vertriebenenenzuwendung, der Sowjetzonenflüchtlinge und der politischen Häftlinge, soweit nicht dem 3. R-Senat zugewiesen,
10. des Gesetzes über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung,
11. des Staatsangehörigkeitsrechts,
12. des Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsrechts mit Ausnahme der Klagen auf Feststellung der Entschädigungsberechtigung (8. R-Senat Nummer 2),
13. des Entschädigungsrechts nach Artikel 8 des Gesetzes über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren, soweit sich die Klage gegen ein Land richtet,
14. des Rechts des öffentlichen Dienstes und des Dienstrechts der Soldaten sowie des Rechts der Wehrpflichtigen und der Zivildienstpflichtigen hinsichtlich:
 - a) der Aufwandsentschädigungen,
 - b) des Reisekosten-, Umzugskosten- und Trennungsgeldrechts,
 - c) der Beihilfe sowie der Kassenleistungen, der Heilfürsorge und der truppenärztlichen Versorgung

– Eingänge ab 1. Januar 2011 –,

15. die nicht einem anderen Senat zugewiesen sind;

dem 6. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Wehrpflichtrechts und des Zivildienstrechts, soweit es um die Heranziehung zum und die Entlassung aus dem Dienstverhältnis geht, einschließlich des Rechts der Unterhaltssicherung und des Arbeitsplatzschutzes,
2. des Rechts der Kriegsdienstverweigerung,
3. des Personalvertretungsrechts und des Richtervertretungsrechts,
4. des Schul-, Hochschul- und Wissenschaftsrechts,
5. des Prüfungsrechts, abgesehen von Laufbahnprüfungen für Beamte, aber einschließlich der ersten und zweiten juristischen Staatsprüfung,
6. des Namensrechts,
7. des Jugendmedienschutzrechts,
8. des Rundfunkrechts einschließlich des Rechts der Rundfunkanstalten, des Filmrechts einschließlich des Filmförderungsrechts, des Presserechts und des Rechts der neuen Medien,
9. des Postrechts und des Telekommunikationsrechts,
10. des Eisenbahnrechts, soweit nicht dem 7. R-Senat (vgl. dort Nummer 11) zugewiesen,
11. des Vereins- und Versammlungsrechts,
12. des Polizei- und Ordnungsrechts mit Ausnahme der mit den Rechtsgebieten anderer Senate zusammenhängenden ordnungsrechtlichen Streitigkeiten,
13. des Rechts der Verfassungsschutzbehörden und Nachrichtendienste, soweit nicht dem 2. R-Senat zugewiesen,
14. des Waffenrechts,
15. des Wahlrechts – mit Ausnahme des Kommunalwahlrechts (8. R-Senat Nummer 1) – und des Rechts der politischen Parteien,
16. des Bundesgleichstellungsgesetzes,
17. des Parlamentsrechts,
18. des Staatskirchenrechts;

dem 7. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Umweltschutzrechts, soweit nicht dem 4. oder 9. R-Senat zugewiesen, insbesondere des Chemikalienrechts und des Immissionsschutzrechts,
2. des Gentechnikrechts,
3. des Abfallrechts und des Bodenschutzrechts,
4. des Atomrechts,
5. des Wasser- und Deichrechts,
6. des Bergrechts,
7. des Rechts der Abwasserabgaben nach dem Abwasserabgabengesetz,
8. des Rechts der Wasser- und Bodenverbände,
9. des Rechts des Baues von Wasserstraßen,
10. des Rechts der Anlegung von Schienenwegen und des Eisenbahnkreuzungsrechts,
11. des Rechts des Ausbaues von Energieleitungen,
12. des Informationsfreiheitsrechts und des Rechts der Weiterverwendung von Informationen öffentlicher Stellen, soweit nicht dem 6. R-Senat zugewiesen (vgl. dort Nummer 13),
13. die nicht einem anderen Senat zugewiesen sind – nur BVerwG 7 A 15.10;

dem 8. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Kommunalrechts einschließlich des Kommunalwahlrechts, soweit nicht das Schwergewicht bei Materien liegt, die einem anderen Senat zugewiesen sind,
2. des Rechts zur Regelung von Vermögensfragen (einschließlich der Rückenteignungssachen aus dem Beitrittsgebiet, die an einem vor dem Beitritt erfolgten Eigentumsverlust anknüpfen, und der Klagen auf Feststellung der Entschädigungsberechtigung), insbesondere nach dem Vermögensgesetz und der Anmeldeverordnung, ferner nach dem Investitions- und Investitionsvorranggesetz sowie nach der Grundstücksverkehrsordnung;

3. des Wirtschaftsverwaltungsrechts einschließlich des Vergaberechts, des Spielbankenrechts sowie des Wett- und Lotterierechts, soweit nicht einem anderen Senat zugewiesen,
4. des Rechts der freien Berufe,
5. des Kammerrechts, soweit nicht das Schwergewicht bei Materien liegt, die einem anderen Senat zugewiesen sind,
6. des Heimrechts, soweit nicht dem 4. R-Senat zugewiesen,
7. des Währungs- und Umstellungsrechts,
8. des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung;

dem 9. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Straßen- und Wegerechts, mit Ausnahme von Streitigkeiten über Sondernutzungen (3. R-Senat Nummer 16),
2. des Erschließungs-, des Erschließungsbeitrags- und des Straßenbaubeitragsrechts,
3. des sonstigen Abgabenrechts soweit nicht dem 7. R-Senat zugewiesen (vgl. dort Nummer 7) und soweit nicht der Schwerpunkt auf einem Rechtsgebiet liegt, das einem anderen Senat zugewiesen ist,
4. des Flurbereinigungsrechts und des Rechts des ländlichen Grundstückverkehrs;

dem 10. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Asylrechts,
2. des Ausländerrechts, soweit es Abschiebeanordnungen nach § 58a AufenthG sowie Rechtsmittel gegen Entscheidungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg betrifft.

b) Schlussbestimmungen

1. Gelangt eine Revisionssache erneut an das Bundesverwaltungsgericht, so entscheidet der jetzt sachlich zuständige Senat. Das gilt auch für Beschwerden und Wiederaufnahmeverfahren. Eine vom Bundesverwaltungsgericht zugelassene Revision gilt als Neueingang im Sinne dieses Geschäftsverteilungsplans.
2. Für Streitsachen aus den Gebieten des Prozess- und Vollstreckungsrechts ist der Senat zuständig, der nach dem Geschäftsverteilungsplan für die Entscheidung über das zugrunde liegende sachliche Rechtsgebiet zuständig ist.
3. Für die im Gesetz über das Bundesverfassungsgericht vorgesehene Äußerung ist der Senat zuständig, der nach der Geschäftsverteilung im Fall einer Revisionseinlegung zur Entscheidung über die Sache zuständig wäre.
4. Soweit nach diesem Geschäftsverteilungsplan die Zuständigkeit für bereits anhängige Sachen auf einen anderen Senat übergeht, verbleibt es für Verfahren, in denen bereits eine mündliche Verhandlung vor dem Bundesverwaltungsgericht stattgefunden hat, bei der bisherigen Zuständigkeit.

II. Fachsenat nach § 189 VwGO

(nachrichtlich)

Entscheidungen nach § 99 Absatz 2 VwGO

III. Disziplinarsenat

Beamtendisziplinarsachen nach der Bundesdisziplinarordnung

IV. Wehrdienstsenate

a) Es sind zugewiesen

dem 1. WD-Senat

1. die Verfahren nach der Wehrbeschwerdeordnung einschließlich des Entschädigungsrechts nach Artikel 19 des Gesetzes über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren,
2. die Wahlanfechtungen nach § 47 des Soldatenbeteiligungsgesetzes und § 16 Absatz 11 des Soldatinnen- und Soldatengleichstellungsgesetzes;

dem 2. WD-Senat

die Verfahren nach der Wehrdisziplinarordnung einschließlich des Entschädigungsrechts nach Artikel 20 des Gesetzes über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren.

b) In Wiederaufnahmeverfahren entscheidet

der 1. WD-Senat, wenn der 2. WD-Senat,

der 2. WD-Senat, wenn der 1. WD-Senat

in dem früheren Verfahren eine Entscheidung – gleich welcher Art – getroffen hat. Entscheidungen aus der Zeit vor Errichtung des 2. WD-Senats gelten als Entscheidungen des 1. WD-Senats.

V. Großer Senat

(nachrichtlich)

Die Zuständigkeit des Großen Senats ergibt sich aus § 11 VwGO.

B. Besetzung

I. Revisionssenate

1. R-Senat

Präsidentin	Eckertz-Höfer
Richter (stellv. Vorsitzender)	Prof. Dr. Dörig (zugleich 10. R-Senat)
Richter	Prof. Dr. Kraft (zugleich 10. R-Senat)
Richterin	Fricke (zugleich 10. R-Senat)
Richter	Dr. Maidowski (zugleich 10. R-Senat)

2. R-Senat

Vorsitzender Richter	Domgörgen
Richter (stellv. Vorsitzender)	Dr. Heitz (zugleich D-Senat und zeitweiliges Mitglied der WD-Senate)
Richter	Dr. von der Weiden
Richterin	Thomsen (zugleich D-Senat und zeitweiliges Mitglied der WD-Senate)
Richter	Dr. Hartung (zugleich D-Senat)
Richter	Dr. Kenntner

3. R-Senat

Vorsitzender Richter	Kley
Richter (stellv. Vorsitzender)	Liebler
Richter	Buchheister (zugleich mit Verwaltungsaufgaben betraut und Vertreter im Fachsenat nach § 189 VwGO)
Richter	Dr. Wysk
Richterin	Dr. Kuhlmann (zugleich Vertreterin in Fachsenat nach § 189 VwGO)
Richter	Rothfuß

4. R-Senat

Vorsitzender Richter	Prof. Dr. Rubel
Richter (stellv. Vorsitzender)	Dr. Gatz
Richterin	Dr. Bumke (zugleich Fachsenat nach § 189 VwGO)
Richter	Petz
Richter	Dr. Decker

5. R-Senat

Vorsitzender Richter	Vormeier
Richterin (stellv. Vorsitzende)	Stengelhofen
Richter	Dr. Störmer
Richter	Dr. Häußler
Richter	Dr. Fleuß (zugleich Vertreter im Fachsenat nach § 189 VwGO)

6. R-Senat

Vorsitzender Richter	Neumann (zugleich Fachsenat nach § 189 VwGO)
Richter (stellv. Vorsitzender)	Büge
Richter	Dr. Graulich
Richter	Dr. Möller
Richter	Hahn
Richter	Prof. Dr. Hecker

7. R-Senat

Vorsitzender Richter	Dr. Nolte
Richter (stellv. Vorsitzender)	Krauß
Richterin	Dr. Philipp
Richter	Guttenberger
Richterin	Schipper
Richter	Brandt (zugleich Fachsenat nach § 189 VwGO)

8. R-Senat

Vizepräsident	Prof. Dr. Dr. h.c. Rennert
Richter (stellv. Vorsitzender)	Dr. Deiseroth
Richterin	Dr. Hauser
Richterin	Dr. Held-Daab
Richterin	Dr. Rudolph

9. R-Senat

Vorsitzender Richter	Dr. Bier
Richterin (stellv. Vorsitzende)	Buchberger
Richter	Dr. Christ
Richter	Prof. Dr. Korbmacher
Richter in	Dr. Bick

10. R-Senat

Vorsitzender Richter	Prof. Dr. Berlitz
Richter (stellv. Vorsitzender)	Prof. Dr. Dörig (zugleich 1. R-Senat)
Richter	Prof. Dr. Kraft (zugleich 1. R-Senat)
Richterin	Fricke (zugleich 1. R-Senat)
Richter	Dr. Maidowski (zugleich 1. R-Senat)

II. Fachsenat nach § 189 VwGO

(für den Zeitraum 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2013)

Vorsitzender Richter	Neumann (zugleich 6. R-Senat)
Richterin (stellv. Vorsitzende)	Dr. Bumke (zugleich 4. R-Senat)
Richter	Brandt (zugleich 7. R-Senat)
1. Vertreter	Buchheister (zugleich 3. R-Senat und mit Verwaltungsaufgaben betraut)
2. Vertreterin	Dr. Kuhlmann (zugleich 3. R-Senat)
3. Vertreter	Dr. Fleuß (zugleich 5. R-Senat)

III. Disziplinarsenat

1. Richter

Vorsitzender Richter	Domgörgen
Richter (stellv. Vorsitzender)	Dr. Heitz (zugleich 2. R-Senat und zeitweiliges Mitglied der WD-Senate)
Richterin	Thomsen (zugleich 2. R-Senat und zeitweiliges Mitglied der WD-Senate)
Richter	Dr. Hartung (zugleich 2. R-Senat)

2. Ehrenamtliche Richter

Die Beamtenbeisitzer werden von dem Richter Dr. Heitz und der Richterin Thomsen ausgelost. Sind diese Richter verhindert, die Auslosung vorzunehmen, regelt sich ihre Vertretung nach Abschnitt C III Nummer 1 dieses Geschäftsverteilungsplanes.

IV. Wehrdienstsenate

1. Richter

1. WD-Senat

Vorsitzende Richterin	Dr. von Heimburg
Richterin (stellv. Vorsitzende)	Dr. Frenz
Richter	Dr. Langer

2. WD-Senat

Vorsitzende Richterin	Dr. von Heimburg
Richter (stellv. Vorsitzender)	Dr. Burmeister
Richterin	Dr. Eppelt

2. Ehrenamtliche Richter

Die ehrenamtlichen Richter der Wehrdienstsenate werden von der Richterin Dr. Eppelt ausgelost. Ist diese verhindert, die Auslosung vorzunehmen, regelt sich ihre Vertretung nach Abschnitt C III Nummer 1 dieses Geschäftsverteilungsplanes.

V. Großer Senat

Mitglied kraft Amtes:

Die Präsidentin des Bundesverwaltungsgerichts als Vorsitzende.

Vertreter:

Das dienstälteste Mitglied des Großen Senats.

Bestellte Mitglieder gemäß § 11 Absatz 6 Satz 1 VwGO

Senat	Mitglied	Vertreter
1. R		Richter Prof. Dr. Dörig
2. R	Vorsitzender Richter Domgörgen	Richter Dr. Heitz
3. R	Richter Liebler	Richter Buchheister
4. R	Vorsitzender Richter Prof. Dr. Rubel	Richter Dr. Gatz
5. R	Richterin Stengelhofen	Richter Dr. Störmer
6. R	Vorsitzender Richter Neumann	Richter Büge
7. R	Richter Krauß	Richterin Dr. Philipp
8. R	Vizepräsident Prof. Dr. Dr. h.c. Rennert	Richter Dr. Deiseroth
9. R	Richterin Buchberger	Richter Dr. Christ
10. R	Vorsitzender Richter Prof. Dr. Berlitz	Richter Prof. Dr. Dörig

Bestellte Mitglieder gemäß § 11 Absatz 6 Satz 2 VwGO

D	Richter Dr. Heitz	Richterin Thomsen
1. WD	Vorsitzende Richterin Dr. von Heimburg	Richterin Dr. Frenz
2. WD	Richter Dr. Burmeister	Richterin Dr. Eppelt

VI. Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes

1. Mitglieder kraft Amtes:

- a) die Präsidentin des Bundesverwaltungsgerichts,
- b) die Vorsitzenden der beteiligten Senate des Bundesverwaltungsgerichts.

Bei Verhinderung der Präsidentin tritt ihr Vertreter im Großen Senat an ihre, bei Verhinderung des Vorsitzenden eines beteiligten Senats sein Vertreter im Vorsitz an seine Stelle.

2. Mitglieder durch Entsendung für die Geschäftsjahre 2013 und 2014

Senat	Mitglied	1. Vertreter	2. Vertreter
1. R	Richter Prof. Dr. Dörig	Richter Prof. Dr. Kraft	Richterin Fricke
2. R	Richter Dr. Heitz	Richterin Thomsen	Richter Dr. Hartung
3. R	Richter Liebler	Richter Buchheister	Richter Dr. Wysk
4. R	Richter Dr. Gatz	Richterin Dr. Bumke	Richter Petz
5. R	Richterin Stengelhofen	Richter Dr. Störmer	Richter Dr. Häußler
6. R	Richter Büge	Richter Dr. Graulich	Richter Dr. Möller
7. R	Richter Krauß	Richterin Dr. Philipp	Richter Guttenberger
8. R	Richter Dr. Deiseroth	Richterin Dr. Hauser	Richterin Dr. Held-Daab
9. R	Richterin Buchberger	Richter Dr. Christ	Richter Prof. Dr. Korbmacher
10. R	Richter Prof. Dr. Dörig	Richter Prof. Dr. Kraft	Richterin Fricke
D	Richter Dr. Heitz	Richterin Thomsen	Richter Dr. Hartung
1. WD	Richterin Dr. Frenz	Richter Dr. Langer	
2. WD	Richter Dr. Burmeister	Richterin Dr. Eppelt	
Großer Senat	Vorsitzender Richter Neumann	Vorsitzender Richter Prof. Dr. Rubel	Vorsitzender Richter Domgörgen

C. Zugehörigkeit zu mehreren Senaten und Vertretung

I. Zugehörigkeit zu mehreren Senaten

Die Tätigkeit im Gemeinsamen Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes, im Dienstgericht des Bundes oder als „Richter ad hoc“ beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte geht der Tätigkeit am Bundesverwaltungsgericht, die Tätigkeit im Großen Senat jeder sonstigen Tätigkeit vor. Gehört ein Richter mehr als einem Senat an, geht die Tätigkeit in dem Disziplinar- oder Fachsenat der Tätigkeit in einem Revisionssenat, die Tätigkeit im 2. WD-Senat der Tätigkeit in dem Disziplinarsenat und im Übrigen die Tätigkeit in dem Senat mit der niedrigeren Ordnungszahl der in dem Senat mit der höheren Ordnungszahl vor, soweit nicht durch den Geschäftsverteilungsplan etwas anderes bestimmt ist.

II. Vertretung der Vorsitzenden

Ist außer dem Vorsitzenden auch der in Abschnitt B bestimmte regelmäßige Vertreter verhindert, so wird der Vorsitzende von dem in Abschnitt B an nächster Stelle genannten Beisitzer vertreten. Bei Verhinderung aller Mitglieder des Senats ist Vorsitzender der dienstälteste nach III. berufene Richter.

III. Vertretung der Beisitzer

1. Die beisitzenden Richter vertreten einander innerhalb der Senate gemäß dem nach § 4 VwGO in Verbindung mit § 21g GVG zu treffenden Beschluss.

Im Übrigen vertreten einander gegenseitig

die Beisitzer des 1. und 5. R-Senats,

die Beisitzer des 3. und 6. R-Senats,

die Beisitzer des 4. und 9. R-Senats,

die Beisitzer des 7. und 8. R-Senats,

die Beisitzer des 1. und 2. WD-Senats.

Die Beisitzer des 2. R-Senats werden von den Beisitzern des 3. R-Senats vertreten, die Beisitzer des 10. R-Senats von den Beisitzern des 5. R-Senats und die Beisitzer des D-Senats von den Beisitzern des 2. R-Senats.

2. Die Vertretung der beisitzenden Richter von Senat zu Senat beginnt am 1. Januar 2013 mit dem im Besetzungsplan unter B an letzter Stelle genannten Beisitzer und setzt sich in der dort angeführten Reihenfolge fort. Ist der hiernach berufene Vertreter verhindert, so tritt der nächste an seine Stelle. Der Verhinderte hat die Vertretung beim nächsten Vertretungsfall nicht nachzuholen. Der Vertretungsfall endet mit dem Wegfall des Anlasses für die Vertretung oder durch die Verhinderung des Vertreters, die Vertretung weiter wahrzunehmen, spätestens aber mit dem Ende des Tages – bei einer mehrere Tage dauernden Sitzung am Ende des letzten Tages –, an dem der Vertreter für eine Sitzung oder für die Mitwirkung an einem im schriftlichen Verfahren ergehenden Urteil herangezogen wird.

Die Teilnahme eines beisitzenden Richters an der Vorberatung des Senats, dem er angehört, stellt eine die Vertretung in einem anderen Senat ausschließende Verhinderung dar, sofern die Vorberatung nicht in zumutbarer Weise verschoben werden kann.

Die Vertretung nach § 21g Absatz 4 GVG obliegt stets dem dienstjüngsten Beisitzer.

Soweit über Nummer 1 hinaus in den Revisionssenaten oder dem Disziplinarsenat eine Vertretung erforderlich wird, werden alle Richter von allen beisitzenden Richtern der Revisionssenate und des Disziplinarsenats, beginnend mit dem dienstjüngsten und fortlaufend in der Reihenfolge des Dienalters, vertreten. Bei gleichem Dienalter beginnt die Vertretung mit dem lebensjüngeren Richter.

3. Für den Fall der Verhinderung der Mitglieder der Wehrdienstsenate und ihrer regelmäßigen Vertreter (§ 80 Absatz 2 Satz 4 WDO) werden die Richterin Thomsen und der Richter Dr. Heitz zu zeitweiligen Mitgliedern der Wehrdienstsenate bestellt. Sie vertreten die verhinderten Mitglieder der Wehrdienstsenate in der angegebenen Reihenfolge jeweils abwechselnd.
4. Für die Bestellung von Ergänzungsrichtern gelten die vorstehenden Regelungen für Vertretungsfälle entsprechend.
5. Wird eine Vertretung unter den Senaten erforderlich, so wird der Vertreter auf Anforderung des Vorsitzenden des eine Vertretung benötigenden Senats vom Vorsitzenden des vertretenden Senats nach Maßgabe des Geschäftsverteilungsplans benannt.

Die Feststellung der richtigen Besetzung des aufnehmenden Senats bleibt durch diese Regelung unberührt.

IV. Vertretung im Großen Senat

Bei Verhinderung eines Mitglieds und seines bestellten Vertreters werden die Mitglieder des jeweiligen Senats nach der Reihenfolge ihres Dienalters zur Vertretung herangezogen.

Anhang zum Geschäftsverteilungsplan 2013

Saal	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
1. Obergeschoss:				
I (Raum 1.030)				
II (Raum 1.032)				
(historischer Saal)	D-Senat	2. R-Senat	2. R-Senat	
		D-Senat	5. R-Senat	5. R-Senat
III (Raum 1.034)				
(historischer Saal)		6. R-Senat	7. R-Senat	7. R-Senat
	WD-Senate	WD-Senate	WD-Senate	WD-Senate
2. Obergeschoss:				
IV (Raum 2.030)				
V (Raum 2.032)				
(historischer Saal)	1./10. R-Senat	8. R-Senat	3. R-Senat	8. R-Senat
		9. R-Senat	4. R-Senat	4. R-Senat
VI (Raum 2.034)				